

Das Amt des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika:

A Licence To Kill!

Wie & wozu die US-Bürger unter Anteilnahme der ganzen freien Welt einen Führer aussuchen und auch noch frei(willig) wählen

Wenn die Prätendenten auf die Position des Führers im Weißen Haus nur noch mit sich selber als gelungener *Persönlichkeit* werben, dann ist die demokratische Willensbildung mittels Wahlkampf mit ihrem Begriff identisch geworden: Verlangt wird ein Blankoscheck zur Machtausübung wegen unbedingtem Vertrauen in die *Führungsqualität* des damit Betrauten. Eigenartigerweise präsentieren sich da Charaktermasken, mit denen der gewöhnliche Mensch im richtigen Leben den Kontakt eher meiden würde: Angeber mit in diesem Fall nicht stinkendem Eigenlob! Der eine verbreitet Heldensagen aus seiner mörderischen Jugend im freiwilligen Einsatz beim Zurückbomben Vietnams in die Steinzeit, wobei er abgeschnitten und von den Opfern als *Kriegsverbrecher* behandelt wurde, wofür ihn seine Fans bis heute als *American Hero* verehren. Der andere ist stolz auf seine steile Karriere durch die Institutionen trotz Migrationshintergrund, bei der er ebenso behände die Gesinnungen anpasste wie er dem mittlerweile störenden Personal in seiner Biographie die Freundschaft aufkündigt. Vor solchen Typen liegt das Publikum platt vor Bewunderung, wobei es ihnen nicht einmal jedes Wort glauben muss: Der Witz demokratischen Wählens liegt nämlich gerade darin, dass der Wähler und seine journalistischen Wahlhelfer vor allem beurteilen, wer es am geschicktesten beherrscht, sich selbst als die gelungenste Inkarnation seines staatsbürgerlichen Bedürfnisses nach starker Führung zu inszenieren. Und da die Politik bekanntlich kein Deckchenstricken ist, erwartet der auf- und abgeklärte Wähler vom Herrscher seiner Wahl, dass er auch die Drecksarbeit besser beherrscht als die Konkurrenten.

Die sogenannten *Sachfragen*, aktuell die Weltwirtschaftskrise, das Gesundheitswesen, Energie und Umwelt dienen bei der Auseinandersetzung um die Gunst des Wählers als Illustrationsmaterial, dass auf alle Drangsale, die dem Bürger in seinem zivilen Leben nicht zuletzt auch „sein“ Staat bereitet, ein kompetenter Führer die passende politische Antwort parat hat. Dabei findet ganz selbstverständlich die Verwandlung des *persönlichen Interesses* in eine *Problemlage* des Gemeinwesens statt, die zum Wohle der *Nation* gelöst werden muss, wobei jede Menge Opfer des Normalverbrauchers eingefordert werden müssen, weil es ihm letztendlich erst dann gut gehen kann, wenn sein Land topfit und Weltspitze ist.

So reagieren die Kandidaten auf den Kollaps des Kredits und die Wertvernichtung an der Börse zwar mit ausführlichen Mahnungen, dass das „Versagen“ von *Wall Street* unweigerlich seine negativen Auswirkungen auf *Main Street* haben wird, um sich dann mitten im Wahlkampfgetöse für den 700-Milliarden-Topf starkzumachen, mit dem der Kapitalismus in den USA aus dem Schneider kommen soll. Eben haben sich große Teile des Finanzkapitals als *faule Schulden* blamiert, doch auf seine Unverzichtbarkeit für den Reichtum der Nation lassen die Anwärter auf die Präsidentschaft nichts kommen und setzen auf die einzige Bonität, die sie als *politisches Subjekt* der Ökonomie anbieten können: Das *Gewaltpotential der Macht*. Zur Übereinstimmung im Prinzip – wenn das Kapital *Vertrauen* = Kredit vergeigt, muss die Politik mit Staatsknete den vernichteten realen Reichtum ersetzen und damit bei den Bankern wieder Vertrauen stiften, damit wieder *business as usual* einkehrt – gehört die Parteienkonkurrenz im Detail: Obama will die Hypotheken auslösen und behauptet mit dieser berechnenden Verwechslung der Materie der Finanzkrise mit den Sorgen der Häuslebauer, das Übel am Ursprung anzupacken. McCain als „Wert-

konservativer“ wartet mit dem moralökonomischen Theorem auf, die „Habsucht“ in Washington und an der Wallstreet habe die Krise trotz seiner „unerschrockenen“ Mahnungen losgetreten und fordert die Ächtung von *greed* (deutsch: Habgier) beim Profitmachen und mehr *responsibility* bei den „Verantwortungsträgern“, womit er sich dann wieder mit Obama in der kompromisslosen Forderung nach einer Beschränkung der Manager Einkommen vor allem bei Misserfolg einig wird.

Auch die Rezepte der amerikanischen Reservführer in den anderen nationalen Sachfragen stehen fest auf dem Boden des *American way of Capitalism*: Beide beklagen „die Abhängigkeit der USA vom Erdöl“, aber keineswegs deswegen, weil sie sich sorgen würden um die Begrenztheit und die naturzerstörerischen Konsequenzen der kapitalistischen Nutzung fossiler Brennstoffe: Vielmehr wollen sie neben Solar- und Windanlagen vor allem viele neue *todsichere* Atomkraftwerke bauen und die letzten nationalen Ressourcen vor den Meeresküsten und notfalls auch in Nationalparks und Naturschutzgebieten anbohren, weil das „Problem“ für die *Nation* darin besteht, dass „wir“ für „unser“ Öl viel zu viel Geld an Staaten verschleudern, die „uns nicht mögen“ und deren Volksmassen „unsere Ideale hassen“. Im Feindbild einig denken da Obama und McCain an die üblichen Verdächtigen vom Iran über die arabische Welt bis nach Venezuela. Wenn nicht nur die, sondern vor allem auch Russland auf dem Petroleum sitzen bleiben, fördere das auch „unsere nationale Sicherheit“, weil nicht mehr die Weltmacht, sondern ausschließlich ihre vermeintlichen und realen Gegner in der Staatenwelt *erpressbar* sind. Mit einer in 4 Fernsehdebatten immer wieder vorgetragenen Milchmädchenrechnung bringen die Kandidaten ihre heiligen Eide, keinesfalls für niemanden Steuern zu erhöhen, sondern sie für möglichst viele der eigenen Wählerklientel möglichst zu senken, mit ihren Reformversprechen budgetmäßig zur Deckung: McCain möchte schon nach 4 Jahren die meisten Petrodollar in die USA *recycled* haben und Obama träumt von der Repatriierung jener „500 Milliarden Dollar“, die China an US-Schuldentiteln hält, mittels Export der unter seiner *leadership* aufblühenden Technologie alternativer Energiegewinnung, die in den USA „5 Millionen jobs“ kreieren und im Reich der Mitte den „Schadstoffausstoß“ drastisch reduzieren werde. Damit rechnen sich die *brain trusts* der Kandidaten genügend Geld zusammen, um das Gesundheitswesen zu subventionieren und das Ausbildungswesen gründlich zu reformieren, worauf beide Kandidaten besonderen Wert legen: Für McCain hat die Schule nämlich keine geringere Mission als schon die ganz kleinen Amerikaner für ihr „*manifest destiny*“, also ihren Auftrag vom Schicksal fit zu machen, „die Welt zu führen“. Und Obama erklärt die Überlegenheit der USA in Sachen Bildung gar zu einem „Problem der nationalen Sicherheit“: Davon soll die ökonomische Potenz der Gesellschaft abhängen, da „es nie eine Nation“ gegeben hätte, „deren Wirtschaft darnieder lag und die trotzdem ihre militärische Vorherrschaft aufrecht erhalten konnte.“ So geht in der mächtigsten Demokratie auf der Welt der Übergang von miesen Zuständen an den Schulen für arme Leute zur Weltherrschaft der Nation!

In der entscheidenden außenpolitischen *Sachfrage*, dem „Krieg gegen den Terrorismus“, besprechen beide Kandidaten den Anspruch der USA auf uneingeschränkte Weltherrschaft als *Naturrecht*, wofür sie auch jederzeit bereit zum Krieg sind. Gerade ihre Entschlossenheit

Fortsetzung Seite 3, Spalte 1 oben

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

Vortrag mit Diskussion

Finanzkrise II

Ökonomie und Imperialismus bei der Rettung des Kreditsystems

Jetzt, wo das Finanzsystem kollabiert, manche „banca rotta“ ist und sich Geldvermögen im Billionen-Dollar-Bereich in Luft auflösen, ist der Staat als Retter gefordert. Politiker und Meinungsmacher von rechts bis links finden das „neoliberale Dogma“ blamiert, demzufolge sich die Märkte selbst regulieren. Nur das kraftvolle Handeln der politischen Macht kann die Katastrophe noch bremsen; der Staat muss eingreifen. Diese Auffassung ist insofern verkehrt, als der Staat im Finanzsektor und seinem Treiben immer schon drinsteckt. Die enge Symbiose des Privatgeschäfts der Banken mit der Obrigkeit etabliert überhaupt die Macht des Geldes über die Gesellschaft und damit die Macht der Banken, das ganze ökonomische Leben zum Mittel ihrer Profite und ihres Wachstums zu machen. Der Staat rettet, wenn er das Finanzsystem rettet, sein Geschöpf und sein Regime.

*

Rechte wie Linke reden von einer „Renaissance des Staates“ und prognostizieren eine „größere Rolle der Politik in der Wirtschaft“. Die Rechten im Ton der Warnung: Da drohe die Rückkehr des Sozialismus, den man doch längst überwunden habe. Zu viel Staatseinfluss werde die Kräfte des Marktes schwächen. Linke Wortmeldungen begrüßen eine stärkere politische Kontrolle über die (Finanz-)Wirtschaft als einen Schritt zum Sozialismus, den sie sich schon früher gewünscht hätten. Wissen beide Parteien überhaupt, wovon sie reden? Liegt denn nicht auf der Hand, wofür die „größere Rolle des Staates“ da zum Einsatz kommt? Für die Rettung des Finanzkapitals! Es geht um den Erhalt der akkumulierten Geldvermögen, ums Funktionieren der Banken und um die darauf gegründete Geldmacht dieser Nation im Gegensatz zu anderen. Das Ziel wie seine Mittel und Konsequenzen sind in jeder Hinsicht das Gegenteil von Sozialismus.

*

Alle Welt vergleicht die Lage mit „1929“: Das globale Finanzsystem sei in einem Zustand schlimmer noch als im Jahr des New Yorker Börsenkrachs zu Beginn der Weltwirtschaftskrise, die in den Zweiten Weltkrieg mündete. Aber, so die gute Botschaft, heute sei es anders. Die Staaten hätten ihre Lektion von damals gelernt und wüssten, dass in der Krise nichts wichtiger sei als Kooperation. Die heutigen Nationen würden ihre Banken nicht mehr auf Kosten der Banken der Nachbarn retten, nicht mehr ans Ausland gewährte Kredite zurückfordern, keine neuen Handelsbarrieren errichten, keinen Abwertungswettlauf ihrer Währungen lostreten. Von wegen! Die imperialistische Konkurrenz um die Verteilung des Schadens aus der Finanz- und Weltwirtschaftskrise, und als Folge davon der Kampf um Aufstieg und Niedergang der Nationen fängt gerade erst an. Und zwar nicht überhaupt, sondern gezielt und auf Ansage z.B. aus Deutschland: Finanzminister Steinbrück äußert vor dem deutschen Bundestag am 25.9.2008 eine Vermutung:

„Niemand sollte sich täuschen: Die Welt wird nicht wieder so werden wie vor dieser Krise. ... Die Fernwirkungen dieser Krise sind derzeit nicht absehbar. Eines scheint mir aber wahrscheinlich: Die USA werden ihren Status als Supermacht des Weltfinanzsystems verlieren. Das Weltfinanzsystem wird multipolarer.“

Da werden Steinbrück und seine Leute schon ein wenig nachhelfen müssen. Ganz von selbst werden die USA ihren Status nicht abtreten.

*

Es gibt eine Menge zu erklären an dem Wahnsinn, dem der Normalmensch als Zaungast beiwohnt, für den er als mitdenkender Staatsbürger in Anspruch genommen wird und als Opfer eingepflanzt ist.

Donnerstag, 11. Dezember 2008, 20.00 Uhr
K4 im Künstlerhaus, Festsaal, Nürnberg, Königstraße 93

www.gegenstandpunkt.com / gegenstandpunkt@t-online.de

Die demokratische Öffentlichkeit macht sich verdient um die Bewältigung der Krise

Seit Mitte September ist klar, dass die Finanzkrise ist nicht bloß ein „amerikanisches Phänomen“ bleibt: Sie kommt auch hier mit voller Wucht an. Es meldet sich Nikolaus Piper von der Wirtschaftsredaktion der SZ (18.9.): „Der Kapitalismus lebt! Milliardenvermögen wurden vernichtet, eine Weltrezession kann nicht mehr ausgeschlossen werden. Die Kreditkrise hat sich erneut dramatisch verschärft... Sie ist aber, historisch betrachtet, keine beispiellose Krise, und schon gar nicht das Ende des Kapitalismus.“ Obwohl das niemals irgendjemand behauptet hat, drängt es den Abteilungsleiter „Wirtschaft“ zu diesem Dementi: ein frohgemutes Lebenszeichen vom unverwüstlichen System Kapitalismus! Das Geld geht dahin, die Welt droht, erstmals seit fast 80 Jahren wieder in eine allgemeine Rezession abzugleiten, „aber“, so der journalistische Ordnungsruf: Halb so wild! Alles schon mal da gewesen! „Unser“ bekanntlich bestes aller menschenmöglichen Systeme *lebt*! Ein eigenartiges Dementi der Brisanz der Krisenlage weltweit: Immerhin sind die historischen Krisen, „beispiele“ – die legendäre Weltwirtschaftskrise von 1929 wird da immer mehr zitiert – ja auch alles andere als ermutigend. Was *nagt* denn da an Herrn Piper, dass er meint, so beschwichtigen zu müssen? Sehr

einfach: Er weiß selbst allzu genau, dass in freiheitlichen Gemeinwesen üblicherweise der *Misserfolg* am meisten gegen die erfolgreiche Sache spricht. Herr Piper ist ja bestens vertraut mit dieser Sorte „Logik“ – schließlich hat er jahraus, jahrein seinem Publikum die fraglose Überlegenheit des Kapitalismus vorgebetet, abgeleitet aus dessen unschlagbarer Effizienz und unwiderstehlichem Erfolg in Geschäftsdingen. Der *Erfolg* ist jetzt dahin, und insofern besteht für Herrn Piper offenbar ein gewisser Erklärungs- und Einordnungsbedarf beim deutschen Publikum, der sofort von berufener Seite gestillt werden muss: Diese Krise ist *keine des Systems*, Systemkritik wäre also völlig fehl am Platz! Beim demokratischen Kapitalismus spricht der *Misserfolg nicht* gegen die Sache, sondern er ist Ausweis von *Versäumnissen*, und die sind *woanders* passiert, vor allem in den USA. Hauptsächlich den *dort* gemachten Fehlern haben wir die Einbrüche überhaupt zu verdanken. Die SZ: „Krisen brechen immer dann aus, wenn Geld zu billig ist. Genau dies ist zu Beginn dieses Jahrzehnts geschehen ... Viel billiges Geld löst Euphorie aus, der nach einiger Zeit unweigerlich die Depression folgt.“

Dafür muss man schon studiert haben, um zu

Fortsetzung Seite 3, Spalte 3 oben

Kritik der bürgerlichen Wissenschaft

Kritik der Volkswirtschaftslehre

Der Kreislauf: Die Wirtschaft – eine runde Sache

Jede anständige Makro-Vorlesung beginnt mit der „Ex-post-(also Hinterher-) Analyse“ der „gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge“, die die Ökonomen in unserer Wirtschaft glauben ausmachen zu können. Das *einfachste Kreislaufmodell* sieht etwa folgendermaßen aus:

„Auf einer hohen Stufe der Abstraktion lassen sich – sieht man zunächst vom Staat ab – zwei Marktparteien unterscheiden, die als bedeutsame Entscheidungseinheiten anzusehen sind: Haushalte und Unternehmen. Haushalte sind Anbieter der Faktorleistungen und Nachfrager der Konsumgüter; Unternehmen benötigen für die Gütererstellung Produktionsfaktoren, die sie von den Haushalten nachfragen, und bieten Konsumgüter an. Auf diese Weise fließt ein Strom von Gütern zwischen Haushalten und Unternehmen, der Güterkreislauf, dem ein entgegengesetzt verlaufender Geldkreislauf gegenübersteht.“ (Woll, S. 39)

Das Bild der Wirtschaft, das die Ökonomen hier entwerfen, erscheint so gut wie allen Studenten plausibel. Es gibt Haushalte und Unternehmen; erstere bestreiten in der Tat ihren Konsum mit Produkten von Unternehmen, also mit Waren, die für Geld käuflich sind, welches die meisten „Haushalte“ durch Arbeit im Dienst eines Unternehmens beschaffen müssen, während eine Minderheit von Kapitalbesitzern ihr Geld „arbeiten“ lässt und vom Ertrag leben kann, ohne groß haushalten zu müssen.

Haushalt und Unternehmen ist, dass sie sich ergänzen

Das Kreislaufmodell der Gesamtwirtschaft spricht existente Abhängigkeiten an – aber wie! Natürlich ist auch einem VWL-Professor bekannt, dass das Abliefern der Arbeitskraft in den Fabriken der Nation aus dem Grund erfolgt, dass all die wunderschönen Konsummittel den Produzenten *nicht* gehören, sondern Eigentum der „Unternehmen“ sind, die praktische Devise also heißt: Finger weg oder Geld her! Natürlich hat auch ein Makroökonom mitbekommen, dass eben dieses lebensnotwendige Geld sich ebenso in den Händen der Kapitalisten befindet, von denen nur unter der Bedingung ein Einkommen zu erhalten ist, dass ihnen die Benutzung einer Arbeitskraft einen „angemessenen Gewinn erwirtschaftet“. Aber diese bekannten Sachverhalte sind es nicht, aus denen der Makroökonom seine Schlüsse auf den Charakter und die Notwendigkeiten „unserer Wirtschaft“ ziehen will. Mit der Unterscheidung der beiden „Marktparteien“ Haushalte und Unternehmen spielt er auf den *Ausschluss* der Produzenten von den Produktionsmitteln an – und betrachtet ihn als bloß *räumliche Trennung* von Produktions- und Konsumtionsstätten. Er tut so, als handle es sich bei der Gegenüberstellung von Unternehmen und Haushalten nicht um ein gegensätzliches Eigentumsverhältnis, sondern um einen banalen Sachverhalt wie den, dass man die Kuh am besten im Stall melkt, wenn man am Küchentisch ein Glas Milch trinken will. Deshalb hat das Unternehmen, so wie es der Ökonom in seinem gedachten Kreislauf vorstellt, überhaupt keinen eigenen ökonomischen Zweck. Es hat auch gar keine ökonomischen Mittel, denn die „Produktionsfaktoren“ sollen ja den Haushalten gehören. Es ist bestimmt allein durch die ihm unterstellte *Funktion*, den Haushalten die Güter ihres Bedarfs zu liefern, und nach der anderen Seite hin dadurch, dass es von den Haushalten das erhält, was ihm fehlt.

Analog die Haushalte: Auch ihr Konsumzweck ist für das Kreislaufmodell nicht maßgeblich. Nicht, was sie konsumieren wollen, bestimmt die Produktion; ihre Bedürfnisse bestimmen die Ökonomie ebenso wenig wie die Unternehmen, sondern „Haushalte sind dadurch definiert, dass sie – egal wie reich oder ärmlich ihr Konsum ist – auf jeden Fall ihrer Dienlichkeit für die Unternehmen gerecht werden, indem sie diesen Faktorleistungen zur Verfügung stellen, damit die wiederum ... Der Grundgedanke der Ökonomen, der schon diesem einfachsten Modell zugrunde liegt, lautet: Haushalt und Unternehmen passen zusammen, ergänzen sich gegenseitig, sind einander nützlich.

Die *Trennung* von Produktion und Konsumtion, die ihren Grund in der jedermann praktisch vertrauten Tatsache hat, dass die Mittel der Konsumtion *fremdes Eigentum* sind, die Produktion der Lebensmittel sich also keineswegs nach den Zwecken der „Haushalte“ richtet, die sie konsumieren, sondern einem eigenen, auch jedermann bekannten Zweck folgt – Gewinn nämlich –, das will sich ein Ökonom von vornherein nicht anders denken als so, dass „Haushalt“ und „Unternehmen“ sich bei der „Gütererstellung“ wechselseitig nützlich ergänzen. Wenn das wirklich stimmen würde, wäre allerdings überhaupt nicht einsichtig, weshalb Produktion und Konsumtion überhaupt zwei getrennten Instanzen zufallen, zwischen denen allerlei ökonomische Transaktionen stattfinden, auf die der Ökonom im Weiteren zu sprechen kommt. Die „Berücksichtigung“ dieser „Differenzierungen des Kreislaufschemas“ (Woll, S. 40) besteht in der immergleichen Übung, die entsprechenden ökonomischen Gegenstände dem wohlwollenden Vorurteil über „unsere Wirtschaft“ unterzuordnen, dass in ihr alles funktional ineinandergreife im Sinne der Gütererstellung und -verwendung.

Ökonomische Gleichmacherei

Neben Preisen und Geld, die so zu der Ehre kommen, den „Güterstrom“ strömen zu lassen, und zwar so, dass „Angebot und Nachfrage“ haarscharf zusammenpassen, fällt das Auge des Ökonomen dabei als nächstes auf die Unterscheidung zwischen „Unternehmer- und Nichtunternehmerhaushalten“:

„In einem kapitalistischen Wirtschaftssystem gibt es Haushalte, die Vermögen besitzen, während andere nur ihre Arbeitskraft besitzen. Sie stellen Faktorleistungen für die Produktion zur Verfügung (Kapital, Arbeit, Boden). In den Unternehmen werden die Leistungen kombiniert, und bei gegebenem Stand der Technik kann eine bestimmte Menge von Konsum- und Investitionsgütern produziert werden.“

Die Unternehmen zahlen den Haushalten für die Arbeit und Nutzung von Kapital Einkommen.“ (Hunt/Sherman, Bd. 2, S. 43)

Ökonomen macht es gar nichts, wenn sich in ihren Modellen die Widersprüche nur so auf die Füße treten. Eben noch wurde den Unternehmen als ihre wesentliche Qualität angehängt, den Haushalten mit der Erstellung von „Gütern“ nützlich und insofern nichts weiter zu sein als „Stätten ausgelagerter Haushaltsproduktion“ (Woll, S. 40) – jetzt kommt der Wissenschaftler ohne weitere Umstände darauf zu sprechen, dass die Unternehmen keineswegs eine Veranstaltung „der Haushalte“ sind, sondern dem „Vermögen“ der einen zuzurechnen, während die anderen „nur ihre Arbeitskraft besitzen“. Dass mit der Unterscheidung dieser zwei Sorten von Haushalt ein *Gegensatz* thematisiert ist – der überwiegende Teil der „Haushalte“ ist durch seine Eigentumslosigkeit gezwungen, sich durch Dienst an der Vermehrung des „Vermögens“ der anderen das Lebensnotwendige zu beschaffen, das deshalb als Abzug von dem in dieser Gesellschaft allein zählenden Reichtum behandelt wird, als „Lohnkosten“ eben –; dass also das angesprochene Verhältnis von Kapital- und Arbeitskraftbesitzer-„Haushalt“ überhaupt nicht in die idyllische Güterversorgungswelt der Makroökonomie hineinpasst, das stört einen Ökonomen wenig. Mit seinem Entschluss, sich „die Wirtschaft“ als Kreislaufmodell vorzustellen, hat er sich ja fest vorgenommen, alles, was in der wirklichen Ökonomie existiert, von vornherein nur so zu betrachten, *als ob* jeder ökonomische Gegenstand in seinem Dienst für einen anderen bestehe und daher alles funktional zusammenpasse.

Wer meint, dass der Witz an „Haushalten“ darin besteht, dass sie „Leistungen“ an Unternehmen erbringen, findet natürlich auch nichts dabei, jeden Unterschied zwischen den „Haushalten“ dadurch zum Verschwinden zu bringen, dass er sie unter dem Titel „Produktionsfaktoren“ einen gleichermaßen nützlichen Beitrag zum Gelingen der „Gütererstellung“ leisten lässt. Dazu braucht es nichts als den uralten Fehler, die mit dem *Privateigentum* gegebenen ökonomischen Kategorien Kapital, Lohnarbeit und Grundeigentum in eins zu setzen mit stoff-

lichen Bestandteilen eines jeden Arbeitsprozesses, als da wären: Arbeitsmittel (= „Maschine“ = „Kapital“), Arbeit (= Lohnarbeit) und Boden (= „Grundeigentum“) – Gerade so, als wäre z.B. eine Bohrmaschine an sich Kapital, der, weil man sie zum Bohren braucht, für ihre „Nutzung“ ein „Einkommen“ zusteht! Genau das aber ist der Inhalt der Vorstellung von den „Produktionsfaktoren“: dass nämlich die „Nichtunternehmerhaushalte“ deshalb jeden Morgen sich in der Fabrik versammeln, weil man ohne Arbeitsmittel nun mal nichts produzieren kann, welches wiederum die „Unternehmerhaushalte“ „zur Verfügung stellen“; und dass die nützlichen Beiträge, die beide zum Gelingen des Produkts leisten, vom Unternehmen, dem sie sie überlassen, mit „Lohn“ und „Gewinn“ entgolten werden. So ist im Kreislaufmodell der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital verwandelt in eine gegenseitige positive Abhängigkeit, in ein funktionales Zusammenwirken. Ohne ein gerüttelt Maß an Verrücktheit ist das freilich nicht zu haben: ganz abgesehen davon, dass der liebe Herrgott weiß, weshalb die „Haushalte“ ewig mit solch unterschiedlichen Voraussetzungen antreten, besteht der nützliche Beitrag der Unternehmerhaushalte darin, dass sie in ihrer Eigenschaft als Haushalt sich selber in ihrer Eigenschaft als *Unternehmerhaushalt* „Kapital“ = „Maschinen“ überlassen – und *daraus* soll ein Gewinn entspringen?! Vom „Boden“ mag man ja schon gar nicht mehr reden ...

Ökonomische Sinnstiftung: eins fügt sich immerdar zum andern

Dass Ökonomen sich und ihrem Publikum Rechenschaft darüber ablegen, *warum denn* Haushalte und Unternehmen und all die übrigen Kreislaufpositionen (Staat, Ausland, Vermögensänderungssektor ...) so beschaffen sind

Anleitung zum rechten Verständnis des Pauperismus: Der Armutsbericht: „Viel Lärm um nichts“

In Frankfurt a.M. bei den Redakteuren, die das korrekte Weltbild der Stützen der Gesellschaft betreuen, wie in Zürich, wo sie dasselbe supranational machen, ist man genervt von der Debatte anlässlich der Veröffentlichung des dritten Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung: In der Öffentlichkeit und auch von Politikern wird nämlich unverständlicherweise „großes Aufheben um die neue Armutsstatistik der Regierung“ gemacht; „Skandalisierer“ erzeugen den schiefen „Eindruck, Armut sei im heutigen Deutschland weit verbreitet“, wodurch das „Zerrbild eines verarmten Landes“ entsteht. Von absichtlichen „Ideen zur Armutsabschaffung“ wollen die verantwortungsvollen Journalisten erfahren haben und „Abscheu über das Versagen des Wohlfahrtsstaates“ soll sich im Volk breit machen. Miesmacher beherrschen die besseren Stammtische in der Nation, so dass „Deutschland sich arm redet“ und mit seiner „eigenartigen Lust der Selbstkritik zu fröhnen“ sich selber ein schlechtes Zeugnis ausstellt. Das kann man bei FAZ und NZZ nicht leiden. So führen die beiden Zeitungen (alle folgenden Zitate vom 20.5. und FAS, 25.5.) vor, wie Armut in Deutschland richtig zu verstehen ist. Garantiert ohne polemischen Unterton, jenseits aller verzerrenden Sozialanklage und ganz und gar ohne irgendeinen nationalen Selbstvorwurf.

Armut = nichts Neues

Die massenhafte Armut in Deutschland einfach zu leugnen, so naiv ist man in Zürich und Frankfurt nicht. Zwar krittelt man ein bisschen an der „fragwürdigen Definition“ von Armut herum, die dem Bericht „zugrunde liegt“, und hätte gern eine andere Messlatte, ab welchem Ausmaß an Mangel das schlimme Wort „Armut“ überhaupt angebracht ist; aber man mag nicht dementieren, dass die üblichen Verdächtigen „Langzeitarbeitslose, Geringqualifizierte und Kinder von Eltern ohne Job“ – wieder ein paar mehr und die Reichen wieder mal nicht weniger, nicht ärmer geworden sind: „Jeder achte Deutsche ist von Armut bedroht, die Schere zwischen Arm und Reich hat sich weiter geöffnet“. Unerfindlich ist den Redakteuren allerdings, warum davon so ein „großes Aufhebens“ gemacht wird, wo das alles doch ein alter Hut und „die Ausführung des Berichts, dass die Einkommensverteilung ungleicher geworden ist, längst bekannt ist“. Ja, wenn die Zahl der Armen schlagartig in die Höhe geschneit

und gerade so zusammenhängen, wie es die Kreislaufmodelle aussagen, wird man nicht erleben. Das ist auch gar kein Wunder, weil sämtliche Aussagen über ökonomische Gegenstände nur eines zum Inhalt haben: nämlich *das Credo* dieser Wissenschaft, dass die Wirtschaft ein riesiger Funktionszusammenhang sei, wo sich eins zum anderen fügt und jedes Ding seinen Platz hat. Deshalb sind Gleichnisse folgender Art auch kein Ausrutscher, sondern fassen die Weisheit der Makro treffend zusammen:

„Im Wirtschaftskreislauf werden die Aggregate nicht isoliert betrachtet, sondern im systematischen Zusammenhang. Dazu gibt es die Analogie des Blutkreislaufs ... Es findet eine Arbeitsteilung zwischen den Organen statt. Jedes Organ erfüllt so seine spezifische Funktion. Ebenso in der Gesellschaft. Die Klassen erbringen spezifische Leistungen. Diese Leistungen werden weitertransportiert. Für eine Leistungsabgabe erhält man eine Gegenleistung. Dies ermöglicht die Erneuerung des Kreislaufs.“ Kann man schöner sagen, dass die Makro eine *Betrachtungsweise* der Wirtschaft ist, deren theoretischer Leitstern die Hochachtung vor dem so wohlgeordneten Ganzen der Wirtschaft ist, das der Ökonom entdeckt haben will? Jeder Gegenstand kommt im Kreislauf vor als die *gute Meinung*, die der Ökonom von ihm hat, als die nützliche Funktion nämlich, die er ihm im „systematischen Zusammenhang“ zuschreibt. So findet jede Sache ihre Begründung dadurch, dass sie für eine andere wichtig ist und diese für die nächste – so lange, bis der ganze Zirkel wieder von vorne losgeht, so dass in letzter Instanz alles durch sich selber begründet ist. Kein Wunder, dass als Sinn und Zweck des ganzen Kreislaufs schließlich seine eigene ‘Erneuerung’ übrig bleibt!

wäre, hätte man sich bei FAZ und NZZ glatt andere Argumente gegen die Skandalisierung einfallen lassen müssen. Aber wenn es sich bloß um die ganz normal ansteigende und altbekannte Armut handelt, winkt man an Main und Limmat gelangweilt ab und ermahnt die Nation, sie solle sich wegen so einer drögen Pauperstatistik mal nicht so aufführen!

Armut sozialstaatlich betreut = fast nicht mehr vorhanden

Denn genau genommen gibt es die Armut nicht mehr, wenn man sie nur dialektisch mit ihrer Bekämpfung zusammendenkt, was dann so gestanzte Sätze ergibt wie: Der „deutsche Sozialstaat reduziert durch seine ausgiebige Umverteilung das Armutsrisiko wirksam“. Wo man „ausgiebige“ Bekämpfung der Armut entdeckt, da ist die zu bekämpfende Armut selbst freilich ziemlich aus dem Blick der Redaktion verschwunden. Wo sie ansonsten einen jeden Euro, der fürs Soziale „umverteilt“ wird, für einen Euro zu viel halten, loben die Zeitungsleute aus Frankfurt und Zürich die gezahlte Armutsstütze als „Beweis des humanisierenden Sozialstaates“. Wenn die armen Schlucker hierzulande nicht einfach ihrem einkommenslosen Schicksal und der Mildtätigkeit der Straße überlassen werden, dann kann man erstens nicht mehr von Armut, sondern bestenfalls von einem „reduzierten Armutsrisiko“ sprechen und dann ist zweitens deswegen doch wohl ein gesunder nationaler „Stolz auf die egaliserende Verteilungswirkung des Abgaben- und Steuersystems“ angebracht. Bei FAZ und NZZ ist man es leid, dass Armut mit Versagen des Sozialstaates assoziiert wird, statt Zufriedenheit mit dem gleichmacherischen (diesmal kein Schimpfwort bei den beiden Zeitungen!) eigenen Gemeinwesen empfinden zu dürfen. Und eben diese affirmative Übereinstimmung und Zufriedenheit mit der Nation vermessen diese Zeitungen schwer in der öffentlichen Armutsdebatte, bei all den „Skandalisierern“ und „Gutmenschen“, die mit „Deutschland ist ein reiches Land“ anfangen und bei der Armut als Schande für Deutschland landen.

Armut = viele Unterschiede ergeben ganz wenig Armut

Auch bei der Restarmut, also dem, was noch überbleibt, wenn der Sozialstaat die Armut

Fortsetzung Seite 4, Spalte 1 oben

A LICENCE TO KILL!

Fortsetzung von Seite 1, Spalte 2 unten

gegebenen falls „unsere besten Söhne und Töchter“ „ins Feuer zu schicken“ und die Be-teuerung ihrer Berufung zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte präsentiert dem Wähler seine Stimme als eine „Lizenz zum Töten“. Obama verspricht seinem Volk den Kopf von Osama (wörtlich: „We will kill him!“) auch wenn er dafür einen Krieg gegen Pakistan anzetteln muss, und McCain zählt immer wieder alle Militäraktionen der USA auf, bei denen er „die Ehre“ hatte, wenn schon nicht persönlich dabei, so zumindest entschieden dafür gewesen zu sein. Auf dieser Basis wird um den sachgerechten Kriegsschauplatz debatiert: Obama wirft dem Irak-Feldzug der Bush-Administration die vorprogrammierte Erfolglosigkeit vor und die „hohen Kosten“ an Dollars und *amerikanischen* Toten. Stattdessen möchte er in Afghanistan militärisch bis zum letzten Taliban eskalieren. McCain will das auch, aber unbedingt vorher noch im Irak „gewinnen“, damit die Gl's „in Würde“ nachhause kommen. Bei so souveräner Entscheidungshoheit über Länder und darin lebende Völker, die das Pech haben, die „Sicherheitslage“ der USA zu tangieren, kann es niemanden überraschen, dass die Atompolitik des Iran in Washington entschieden wird, so der anscheinend selbstverständliche Konsens der Rivalen um die Macht im Weißen Haus. Offensichtlich können sie auf die Zustimmung ihrer Wähler zu einer „Analyse“ der Weltlage bauen, derzufolge Atombomben im Besitz der USA und Alliierten wie Israel „Peacemaker“ sind, in Russland und China ein Problem für die uneingeschränkte Weltkontrollmacht Amerikas darstellen und im Falle der Islamischen Republik einen Waffengang „unvermeidlich“ machen. Im Wahlkampf haben die Kandidaten zwecks Profilierung eine Differenz aufgebaut: Obama würde mit der Führung in Teheran noch persönlich reden, ehe er den Angriffsbefehl erteilt, wenn sie nicht spurt.

Amerikanische *Politiker* sind sich mit ihrem Volk, das aus vielen durch die gewonnenen

Kriege und erfolgreichen Schlächtereien in ihrem Wahn bestärkten *Patrioten* besteht, einig darin, alles, was auf dem Globus passiert, unter dem Gesichtspunkt zu be- und gegebenen falls zu verurteilen, ob es für die USA (= „*The Greatest Nation on Earth*“) gut oder schlecht ist. In diesem Prinzip unterscheiden sich Angela Merkel und Frank Walter Steinmeier nicht von den Herren Bush, McCain und Obama. Die *Weltmacht* der USA bewährt sich aber in der praktischen Durchsetzung dieses Standpunkts. Drohung mit und Ankündigung von Gewalt, also *Krieg*, gehören deshalb zum Repertoire politischer Vertrauensbildung in den Vereinigten Staaten von Nordamerika; offene *Kriegshetze* und die glaubhafte *Bereitschaft zum Töten & Zerstören* bebildern Charakterstärke und Führungsqualität eines Typen, der (zu allem) fähig ist als *Commander-in-Chief* der Nation.

Erstaunlich, wie nachgerade das Fußvolk in den europäischen Demokratien auf den US-amerikanischen Wahlzirkus und vor allem auf den demoskopisch in Führung liegenden Kandidaten der Demokratischen Partei abfährt. So einen *Führer* wollen *wir* auch haben! souffliert die freie Journalistin ganz unpluralistisch den einheimischen Volksmassen, die den *charismatischen* Senator aus dem fernen Illinois mit ihren nationalen Teiggesichtern vergleichen und allen Ernstes wähen, mit einer deutschen Inkarnation des *Change-Rhetorikers* wären sie besser bedient, d.h. *geführt*. Die Bewunderung für den Erfolg der patriotischen Massenbegeisterung mit ihrem rituellen Schlachtruf „*Yes, we can!*“ wird andererseits mit kritischen Kommentaren europäischen Sachverständs unterlegt, die jenseits des Atlantik die *Wahrheit der Demokratie* entdecken („Es geht nur um die persönliche Vertrauenswürdigkeit der Kandidaten!“) und daran erinnern, dass im Zeitalter der „Globalisierung“ in der Staatenwelt des demokratischen Imperialismus die Konkurrenz um Weltordnungskompetenz tobt und dass darin die USA der Hauptkontrahent sind. Ein mächtiger US-Präsident wird Europa womöglich ganz anders triezen, als die noch amtierende *lame duck* Bush im Weißen Haus.

BEWÄLTIGUNG DER KRISE

Fortsetzung von Seite 1, Spalte 4 unten

erkennen, wie einfach das ist: Wenn's bergauf geht, geht's auch wieder bergab, nach Euphorie ist immer Katerstimmung, Amerika *musste* einfach in die Krise kommen, weiß jetzt auf einmal der sachverständige Piper von der *Süddeutschen*:

„Mit dem Terminus ‚billiges Geld‘ lässt sich auch die Krise Amerikas umschreiben. Seit gut vier Jahrzehnten lebt die größte Volkswirtschaft der Welt über ihre Verhältnisse. Die Amerikaner konsumieren zu viel und sparen zu wenig. Das äußert sich in den Defiziten von Staatshaushalt und Leistungsbilanz, aber auch in den Budgets von Durchschnittsfamilien. Die können ihren Lebensstandard oft nur mit teuren Krediten wahren. Der letzte Exzess dieser Kreditkultur war der Boom zweiklassiger Hauskredite (‚Subprime Loans‘), dessen Ende im vergangenen Jahr die Krise ausgelöst hat.“

Wie das nur geht: 40 Jahre lang über seine Verhältnisse leben!? Aber klar, für einen promovierten deutschen Ökonomen addieren sich halt der größte Staatshaushalt der Welt, eine gewaltige Leistungsbilanz, Konsumtenkredite von Normalverdienern und das US-Hypothekenwesen zu einem einzigen gewaltigen Fehler in der amerikanischen Volkswirtschaft zusammen: die Amis verbrauchen mehr als sie produzieren, und das schon seit 40 Jahren! Kein Wunder, wenn dann die notwendige „*Depression*“ ein bisschen tiefer ausfällt! Schon komisch, wie „*wir*“ *Deutschen* uns von diesen unsoliden Amerikanern auch noch genauso lang vormachen ließen, sie seien die überlegene, den Kapitalismus am erfolgreichsten exerzierende Nation!

Die Finanzkrise klärt dass breite Publikum schonungslos darüber auf, dass die Ersparnisse des ‚kleinen Mannes‘ im Kreislauf des Finanzkapitals zirkulieren und Material sind für dessen – jetzt in Turbulenzen geratene – Manöver. Das hält in Expertenkreisen niemand für einen Skandal. Stattdessen stehen die Zeitungen voll mit Tipps, wie man das eigene Geld, das mit sich zusammengespart und in der Hoffnung auf Vermehrung angelegt hat, über die Krise retten kann. Das deutsche Volk von Sparern und Kleinanlegern wird also nicht mit seinen Sorgen allein gelassen. Die Ratgeber von der Presse nehmen die deutschen Bürger an der Hand und begleiten sie durch die große Welt des Finanzkapitals, auf der Suche nach Antworten auf die Frage

„Ist das Geld der Sparer noch sicher?“

„Die 25 wichtigsten Fragen und Antworten für Anleger und Arbeitnehmer“ stehen in der SZ (17.9.).

So lesen wir in Frage und Antwort Nr. 4: „Sind auch deutsche Banken vom Konkurs bedroht? Genau weiß das keiner. Immerhin IKB ...“ usw. uf. Atem anhalten – „*wir*“ *Deutsche* sind betroffen, da hilft alles nichts. Also Frage und Antwort Nr. 5:

„Was passiert, wenn eine deutsche Privatbank pleite gehen sollte? Dann greift der Einlagensicherungsfonds des Bankenverbandes. Ihm gehören die großen Bankhäuser sowie viele kleinere Institute an. ... Jedenfalls: Bei der Dresdner Bank z. B. sind konkret Spareinlagen bis zu 2,8 Milliarden Euro geschützt, und zwar pro Kunde!“

Na also, kein Grund zur Panik, als *deutscher* Sparer kann man aufatmen und sich beruhigt zurücklehnen! 2,8 Mrd. pro Kunde, eine Spitzenversicherung, das dürfte in jedem Falle reichen. Wir dürfen also getrost den Banken weiterhin unser Vertrauen schenken, vor allem den Sparkassen, Genossenschaftsbanken, bei denen „*unser*“ Geld sogar *noch* sicherer sein soll. Bleibt bloß noch Frage 8:

„Wann geht dem Einlagensicherungsfonds das Geld aus? Eine Frage, vor der die ganze Branche zittert – und deshalb keine Antwort gibt.“

Wie bitte? Wieso „*zittert*“? 2,8 Mrd. pro Kunde, das muss doch reichen! Also weiter: „Unbestritten ist, dass die Sicherungssysteme ausreichen, um Pleiten von kleineren und mittleren Banken aufzufangen. Was passiert aber bei einer Pleitewelle? Bundesfinanzminister Steinbrück soll einmal erklärt haben, die gesamten Sicherungseinlagen aller Institute belaufen sich auf nur 4,6 Milliarden Euro ... Branchenkenner raunen, die IKB wurde nur deshalb gerettet, weil die Einlagensicherung an ihre Grenzen gestoßen wäre.“

Aha, der Sicherungsfonds darf in so gut wie keinem Falle in *Anspruch* genommen wer-

den, sonst reicht er nämlich nicht! Wenn alle auf die Bank rennen, nützt das also gar nichts, das Geld ist eh nicht da! So bleiben wir ruhig, behalten unser Gottvertrauen in Banken und Politiker, dass sie alles Mögliche für unser Geld tun, so hat man als deutscher Sparer die Lage am besten im Griff!

Und dann platzt mitten in die Krise hinein tatsächlich noch eine *Tarifrunde* – und das, obwohl den Banken weltweit das Geld ausgeht! „*IG Metall beharrt auf acht Prozent mehr Lohn*“, titelt die SZ (24.9.) schon im Nachrichtenteil, um das Kopfschütteln des Lesers hervorzurufen. Ein kleines „*trotz*“ unterstreicht den Irrsinn, der da unterwegs sein soll:

„*Trotz der weltweiten Finanzmarktkrise geht die IG Metall mit der Forderung nach acht Prozent mehr Lohn in die Tarifrunde.*“ *Trotz* der Krise des Kapitals stampft die Gewerkschaft ihre Lohnforderung nicht ein! Da können nur Hasardeure am Werk sein. Die ausführliche Fassung dieser Botschaft folgt noch mal extra im Leitkommentar drei Seiten weiter. Der heißt

„*Die Tarif-Spekulanten*“, womit die IG Metall und ihr Vorsitzender gemeint sind:

„*Sie spekulieren. Sie spekulieren darauf, dass es mit der Konjunktur doch nicht so sehr bergab geht, wie die eigenen Experten vermuten. Sie spekulieren darauf, dass sie in der Metallindustrie instand sind, jede Forderung in weiten Teilen auch durchzusetzen – in der Branche sind schätzungsweise vier von zehn Beschäftigten bei der Gewerkschaft organisiert ... Vielleicht weiß Huber ja, dass sein Acht-Prozent-Kurs langfristig gefährlich ist. Aber erst mal geht es ihm wie jedem Finanzhai: Er braucht den kurzfristigen Erfolg.*“

Sehr originell. Wenn „*Spekulant*!“ das aktuelle Schimpfwort ist, mit dem die nationale Pflichtvergessenheit von „*gierigen Finanzzockern*“ angeprangert wird, dann wenden wir es doch mal auf die Gewerkschaft an und fertig ist die Denunziation. Die Unterstellung, von der sie lebt, braucht man so gar nicht mehr aussprechen: Wenn Wirtschaft und Finanzen Not leiden, dann hat die Gewerkschaft ihre (eh überzogene!) Lohnforderung zu revidieren! Und *das* den Arbeitern klar zu machen, falls die nicht von selbst darauf kommen.

Nicht ganz 2 Monate später ist dann klar: Die Finanzkrise ist auch bei der Gewerkschaft angekommen. Ihr Einstiegsargument in die *Tarifrunde*, die hohen Gewinne der Branche während des letzten Jahres würden auch eine etwas höhere Lohnforderung rechtfertigen, zieht sie zurück und gibt sich mit – allseits gelobten – schöngerechneten 4,2 Prozent zufrieden. Die Arbeitgeber tun pflichtschuldig so, als hätten sie mächtig über ihren eigenen Schatten springen müssen, gucken ansonsten aber ganz zufrieden in die laufenden Fernsehkameras. *Ihr* Argument hat nämlich mal wieder gestochen: Es mag ja sein, dass die Gewinne hoch waren, „in diesen schweren Zeiten“ sei es aber von großer Wichtigkeit, dass ihre Gewinne im nächsten Jahr auch hoch sind, eher noch höher, weil *sie* sonst die „*Folgen der Finanzkrise*“ nicht verdauen können. Wenn schon selbstverständlich ist, dass das Finanzkapital aus seiner Krise gerettet werden muss und der Staat sich – ungeachtet der Kosten – mit all seiner Macht dahinter stellt, dann ist doch wohl auch klar, dass die Lohnarbeitenden in der Metallbranche sich um das Wohl ihrer Arbeitgeber kümmern und dafür Abstriche machen müssen. Das ist nämlich in einer lebendigen Demokratie mit Marktwirtschaft die erste Staats- und Bürgerpflicht: alles dafür zu tun, dass *das Kapital* *floriert*.

Radio Lora vom 27. Oktober

GEGENSTANDPUNKT

Politische Vierteljahresschrift

Archiv der Zeitschrift auf CD-ROM

1-1992 bis 4-2006

Das Archiv dokumentiert alle Hefte von 1-1992 bis 4-2006 der Politischen Vierteljahresschrift GEGENSTANDPUNKT mit allen Texten im HTML-Format zusammen mit Inhaltsverzeichnis, bibliografischen Angaben, Schlagworten und komfortablen Suchfunktionen.

Für alle modernen Browser und Betriebssysteme
ISBN 978-3-929211-12-2 · Preis der CD-ROM: 40,- €

Verlagsprogramm

Wolfgang Möhl / Theo Wentzke

Das Geld

Von den vielgepriesenen Leistungen des schnöden Mammons

München 2007 · 162 Seiten · € 15.- · ISBN 978-3-929211-11-5

*

Sonderdruck aus: GegenStandpunkt 4-96:

„Beschäftigung“ – „Globalisierung“ – „Standort“ ...

Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis zwischen

Arbeit und Reichtum

München 2005 · 61 Seiten · € 5.- · ISBN-13: 978-3-929211-08-5 · ISBN-10: 3-929211-08-4

*

Peter Decker / Konrad Hecker

Das Proletariat

Politisch emanzipiert – Sozial diszipliniert – Global ausgenutzt – Nationalistisch verdorben – Die große Karriere der lohnarbeitenden Klasse kommt an ihr gerechtes Ende

München 2002 · 288 Seiten · € 20.- · ISBN-13: 978-3-929211-05-4 · ISBN-10: 3-929211-05-X

*

Karl Held (Hrsg.)

Das Lebenswerk des Michail Gorbatschow

Von der Reform des 'realen Sozialismus' zur Zerstörung der Sowjetunion

München 1992 · 416 Seiten · € 20.- · ISBN-13: 978-3-929211-00-9 · ISBN-10: 3-929211-00-9

*

Konrad Hecker

Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung

München 1996 · 354 Seiten · € 20.- · ISBN-13: 978-3-929211-02-3 · ISBN-10: 3-929211-02-5

*

Bestellungen beim Buchhandel oder direkt beim Verlag

(Bei Bestellungen direkt beim Verlag sind Porto und Verpackung im Preis eingeschlossen):

GegenStandpunkt Verlag, Augustenstr. 24, 80333 München

Tel. (089) 2721604 Fax (089) 2721605 E-Mail: gegenstandpunkt@t-online.de

Die

**aktuellen Analysen der
GegenStandpunkt-Redaktion
können im Internet**

**nachgelesen werden unter:
www.gegenstandpunkt.de/
radio/gsradiotext.htm**

Sozialistische Gruppe

Erlangen-Nürnberg (SG)

c/o Sprecherrat, Turnstr. 7, Erlangen
www.sozialistischegruppe.de

E.i.S.: Vi.S.d.P.: E.Piendl-Witzke, c/o Turnstr. 7, Erlangen

DER ARMUTSBERICHT ...

Fortsetzung von Seite 2, Spalte 4 unten

wegbetreut hat, schauen FAZ und NZZ genau hin. Da „ist der Armutsbericht durchaus informativ. Man muss ihn nur lesen.“ Erstens lässt sich heraus lesen, dass der Kapitalismus nicht immer gleich viele Arme produziert. „Die Daten über die Verteilung von Einkommen und Armutsrisiken geben den Stand von 2005 wieder, in dem die Konjunktur schlecht lief“. Damit „wird der jüngste Wirtschaftsaufschwung und seine wohltätige Wirkung auf den Arbeitsmarkt ausgeblendet“. Wenn es mal viel, mal weniger Armut gibt, kann man dann von der Armut überhaupt sprechen!? Schon gleich, wenn es zweitens von den diversen Armen nicht immer gleich viele gibt? „Das Armutsrisiko für Ältere ist aktuell berechnet worden. Es ist gering. Ende 2006 haben nur 2,3 Prozent der Alten Grundsicherung bezogen. Die Wahrscheinlichkeit, auf arme Kinder zu treffen, ist viel größer als die, armen Rentnern zu begegnen“. Wie schön für diese Kinder, auf einen Vertreter der Besserverdienenden zu treffen, der sie genau zählt! Drittens gibt es bei den Nachbarn in unserem schönen Europa meist ganz schön viel mehr Arme, wodurch die unseren gleich viel weniger sind: „Im europäischen Vergleich haben wir immer noch eine unterdurchschnittliche Zahl armer Menschen“. Das leistet die differenzierende Betrachtung. Man entdeckt lauter Differenzen und keine Armut mehr. So wird aus der Kinderarmut eine Kinderarmut und die Besichtigung des Konjunkturverlaufs des Pauperismus wie die unterschiedliche Größe der Armutsgruppen lassen die Armut, um die es geht, im Hintergrund verschwinden.

Armut = von Skandalisierern erfunden und missbraucht

Was sind das schließlich für Figuren, die nach dem zynischen Motto „Wie gut, dass es die Armen gibt“ unanständigerweise „aus den Armen Kapital schlagen“ und sich in „Bekämpfungsrhetorik“ ergehen, wo es doch gar nichts zu bekämpfen gibt? Armut – das ist eine Erfindung von berechnenden „Gutmenschen, die ihre persönliche Profilierung im politischen Dauerwahlkampf“ betreiben. Was man in Zürich und Frankfurt sonst so schätzt an Politypen, dass sie sich vor dem Volk als Werteträger aufplustern, aktuelle Themen berechnend aufgreifen und einsetzen, und das alles, um sich andauernd zu profilieren, das schlägt bei diesem Thema gegen sie aus. Besonders empörend finden FAZ und NZZ, dass außer den Ratenfängern von der Linken und der ja auch zum Kommunismus neigenden SPD auch die eigentlich grundständigen Verantwortungsträger bei den Christlichen von abseitigem Gedankengut infiziert sind: „Dieses Mal will sich auch die Union nicht lumpen lassen. Ein höheres Kindergeld soll es bald geben, und Geringverdiener sollen von der Steuer entlastet werden“. Selbst die Stellvertreter Christi auf Erden, die doch für ihren Dienst des organisierten Abspeisens der Armen – mit großzügigem Trost wie mit bescheidenen Hungerküchen – ihren festen Stellenwert wie ihre Wertschätzung haben, sind von allen Heiligen Geistern verlassen. Statt ihren Dienst für die Armutsbe-

Anmerkungen zum Inhalt des Armutsberichtes

Der öffentliche Aufruf von FAZ und NZZ, sich durch die „skandalöse“ Armutsberichterstattung den Stolz auf Deutschland nicht verleiden zu lassen, lässt offen, warum das zuständige Bundesarbeitsministerium eigentlich im regelmäßigen Abstand mit großem Aufwand die „Lebenslagen“ der Menschen in Deutschland untersuchen lässt. Denn dem zuständigen Minister geht es sicher nicht darum, seine Nation schlecht zu machen, wenn er gut bezahlte Wissenschaftler damit beauftragt, unter Gebrauch ihres geballten statistischen und soziologischen Sachverständnisses auf 370 Seiten eine nüchterne Bilanz über die Wirkungen der politischen Reformvorhaben seit 1998 auf die verschiedensten Teile des Volkskörpers abzuliefern. Der Staat will die Auswirkungen seiner Reformgesetze erfassen, weil er sie nicht kennt: Er definiert die Bedingungen für das (Über-)Leben in der freien Marktwirtschaft ständig neu und lässt auch keinen Zweifel über die politische Absicht und die vorgesehenen Wirkungen seiner Reformwerke. Doch wie viel verdienen seine Bürger nun wirklich nach 10 Jahren

treuung – wie von FAZ und NZZ geschätzt – abzuliefern, erdreistet sich die Kirche glatt umgekehrt die Armutsbetreuung für sich auszu-schlachten. „Sogar der neue Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz, der Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch, erlaubt sich, den Armutsbericht für kirchliche Zwecke auszubehaupten.“ Und wenn diese Herumnörgler am Sozialstaat mit ihren „reflexartigen“ Vorschlägen von „Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut“ auch noch praktisch werden wollen und „noch mehr Umverteilung und staatliche Regulierung fordern“ (Man erinnere sich: Oben war die „Umverteilung“ noch ein „Beweis für den humanisierenden Sozialstaat“!), dann machen sie die Lage der Armen nicht besser, sondern nur schlimmer. Denn von „Umverteilung“ „haben die wirklich Armen nichts“, stattdessen wird erst richtig Armut gesät, wenn man die Hungerleider reicher machen will, „denn dadurch wird Arbeit vernichtet und potenzielle Armut gesät“.

So kann man die Armut also auch abhandeln: Man schaut gleich gar nicht auf sie, sondern befasst sich damit, ob die besseren Stände, die die Nation ordentlich zu führen und den nationalen Geist in die richtigen Bahnen zu lenken haben, die Armut auch richtig sehen, deuten, also zu ihr die gewünschte Einstellung haben. Und wenn man in Frankfurt und Zürich feststellen muss, dass die wirklichen wie ideellen Verantwortungsträger in Deutschland diese sensible Thematik so unsachgemäß behandeln, dass beim Volk der Eindruck entstehen könnte, irgendwas sei da versäumt worden, am Schluss habe gar der (Sozial)Staat versagt, dann schrillen bei den Praeceptores Germaniae die nationalen Alarmglocken. Ums Gemeinwohl besorgt präsentieren die klugen Köpfe hinter den beiden Zeitungen ihren eigenen eigenwilligen Beitrag zur öffentlichen Auseinandersetzung über die Armutsstatistik. Mit der rhetorischen Frage „Ist es eigentlich gänzlich undenkbar, dass es Armut und Elend gibt, ohne dass jemand versagt hat?“ liefern FAZ und NZZ zum einen für die Armut im Land eine methodische, pauschale Rechtfertigung: Eine ordentliche Portion „Armut und Elend“ gehört nun mal zu einer freiheitlichen Republik als fester Bestandteil dazu, so dass Fragen nach Verursachern und Ursachen sich erledigen; zum zweiten stellt man damit den Antrag auf Schluss der Armutsdebatte wegen Themaverfehlung, weil die anspruchsvollen deutschen wie schweizerischen Journalisten einen knackigen kapitalistischen Pauperismus im sozialstaatlich organisierten Deutschland beim besten Willen nicht entdecken können; drittens verschafft man in Frankfurt und Zürich damit den nationalen Armutsverwaltern, die das Elend regieren und betreuen, einen pauschalen Freispruch. Denn wenn es Armut gibt, „ohne dass jemand versagt hat“, dann brauchen und sollen sich die politisch Verantwortlichen den Schuh auch nicht anziehen, sie wären irgendwie für irgendwas da haftbar zu machen. So endet die Politikerschelte von FAZ und NZZ in der Aufforderung an die „Skandalisierer“, sie sollten selbstbewusst das „gänzlich Undenkbare“ denken und sich den Stolz auf die Nation nicht madig machen lassen von ein paar quasi naturgegebenen Habenichtsen.

Arbeitsmarktreform? Wie viele Schulden haben sie gemacht? Wie gesund sind sie? Wie wohnen sie? Wer geht auf welche Schule? Usw. Die Veränderungen in der materiellen Lage der Leute interessieren den Staat im Hinblick auf das Funktionieren seines Ladens; nämlich die Funktionstüchtigkeit seiner Bürger, denen er in bester Absicht ein Plus an Verelendung zumutet: Können die notorisch Armen ihre staatsbürgerlichen Pflichten noch erfüllen? Gehen sie noch zur Wahl, nehmen sie noch am „gesellschaftlichen“ Leben teil? Gibt es ein wachsendes Ordnungsproblem? Wird mangelnde Gesundheit zum „Einkommenshindernis“? Erfüllt die Familie ihren Zeugungs-, Bildungs- und Erziehungsauftrag auch in wachsender Armut? Wie steht es überhaupt mit der Loyalität?

Antworten braucht die Regierung, um sich sicher zu sein, dass sie mit ihrer Sozialpolitik Herr der Lage bleibt, das Volk im Griff behält und Entgleisungen im Volkskörper rechtzeitig korrigieren kann. Betrachtet man nun die Ergebnisse und Schlussfolgerungen des aktuel-

Diskussionsveranstaltung der SG in Erlangen:**Ange-sichts der Maßnahmen des Staates zur Rettung seiner Kredit- und Geldwirtschaft wird öffentlich um die Frage gestritten:****Neoliberalismus am Ende? Braucht es mehr Staat in der Wirtschaft?**

Seit die Staaten massive „Rettungspakete“ für die Finanzbranche beschlossen haben, gibt es eine Debatte in der Öffentlichkeit, wie die Finanzkrise und die staatlichen Maßnahmen ordnungspolitisch zu interpretieren sind. Anne Will lädt in der ARD ein zum Thema „Banken in Staatshand – Kapitalismus am Ende? Bringt die Finanzkrise unser Wirtschaftssystem ins Wanken?“, Sandra Maischberger stellt ihren Gästen die Frage „Brauchen wir mehr Sozialismus?“, die ZEIT titelt provokant „Sozialismus im Kapitalismus“, sogar die FDP „fordert eine Neugründung der Marktwirtschaft“ (faz.net). Journalisten in allen Zeitungen zerbrechen sich den Kopf über das richtige Verhältnis von Staat und Wirtschaft: Einig sind sie sich darin, dass der Staat jetzt eingreifen muss; die einen warnen aber zugleich vor zu viel Staat in der Wirtschaft und bestehen darauf, dass „Staatseingriffe“ sich auf eine Wiederbelebung des „freien Spiels der Marktkräfte“ beschränken müssten, der Staat höchstens dafür einen verbesserten „Ordnungsrahmen“ schaffen sollte; andere setzen dagegen auf eine „Abkehr vom Neoliberalismus“, d. h. von der „Entfesselung der freien Marktkräfte“ und wünschen sich noch mehr Verstaatlichungen sowie „stärkere Regulierungen der Märkte“; mancher Linke sieht sich seinem Ziel ein Stückchen näher, dass nun die Einsicht reift, dass die Wirtschaft unter „gesellschaftlicher Kontrolle“ sein muss. So kontrovers die Positionen auch sein mögen, allen ist der Zweck der Marktwirtschaft eine Selbstverständlichkeit: Das Produzieren und die Versorgung der Gesellschaft dienen dem Gelderwerb. Gestritten wird darum, wie dieses System der privaten Bereicherung am besten dem Allgemeinwohl und „den Menschen dient“ (H. Geißler): Dadurch, dass man es sich weitgehend selbst überlässt, oder durch mehr oder weniger „Eingriffe des Staates in die Wirtschaft“.

Diesem Streit liegt zudem eine eigentümliche Auffassung über das Verhältnis von Staat und Wirtschaft zugrunde: Jede der konträren Positionen denkt sich nämlich die Wirtschaft zunächst als eine vom Staat unabhängige, ihm gegenüber selbständige Sache, die irgendwie durch die Tat der freien Individuen in die Welt kommt, also als eine Privataffäre, auf die sich dann der Staat nachträglich bezieht: als Schiedsrichter, der einen „Ordnungsrahmen“ setzt, Streite schlichtet und auf die Einhaltung von „Regeln“ aufpasst, als interessierte Partei, die dann seine Gesichtspunkte und die des Allgemeinwohls in der Wirtschaft geltend macht, und als „Retter“, der gefragt ist, wenn etwas schief läuft. Dabei könnte man auch und gerade am Anlass der Debatte, an den staatlichen Maßnahmen zur Verhinderung der „Kernschmelze“ des Finanzsystems lernen, dass diese Auffassung am wirklichen Zusammenhang von Staat und Wirtschaft vorbeigeht, dass sich vielmehr die freie und soziale Marktwirtschaft als ein Machwerk des Staates erweist: Der Staat stiftet Zahlungsfähigkeit bei der zahlungsunfähigen Bankenwelt, indem er über seine Notenbank „Liquidität“ zur Verfügung stellt, ihr „faule“ Kreditpapiere abkauft, Bürgschaften übernimmt oder sie mit „frischem“ Kapital ausstattet. Die dafür nötige Zahlungsfähigkeit bei sich stiftet der Staat per Dekret: Qua seiner Hoheit schöpft er das Geld, das er zur Rettung des Finanzsystems braucht. Er erweist sich als Garant und Quelle des Stoffes, um dessen Erwerb und Vermehrung sich alles in seiner Wirtschaft dreht, und dadurch umgekehrt das Geld, das Geschäftsmittel Nr. 1, als eine staatliche Veranstaltung. Mehr

Klarstellungen über den Zusammenhang von Marktwirtschaft und Staat gibt es auf dem Diskusstern am**Mittwoch, 10. Dezember 2008, 20.00 Uhr****Turnstraße 7 (Gebäude des Sprecherrats, 1.OG), Erlangen****Diskussionstermin in Nürnberg:****regelmäßig dienstags, 19.30 Uhr, Desi, Brückenstraße 23,****Themen siehe: www.sozialistischegruppe.de**

len Berichtes, dann ist auch hier weit und breit keine Spur von Skandal erkennbar. Im Gegenteil, im Großen und Ganzen stellen die Gutachter ihrem Auftraggeber ein großes Lob aus. Die Teilhabe an der Demokratie lässt zwar zu wünschens- übrige, Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderte haben es tendenziell immer noch schwerer, dafür schneiden die Rentner etwas besser ab. Insgesamt ist die Bilanz sehr positiv, denn der reformierte Sozialstaat funktioniert als „Anreiz“ für mehr Beschäftigung immer besser und die „Maßnahmen der Bundesregierung“ sind schon deshalb allesamt zu begrüßen, weil seit der Agenda 2010 wieder mehr Wachstum im Land gemessen werden kann. Denn – das steht vor und jenseits aller empirischen Untersuchung fest – bestes Mittel gegen Armut ist und bleibt nun mal Wachstum. Die Wissenschaftler

liefern aber gleich ein großes „Aber“ hinter her: Die Politik ist zwar auf einem guten Weg, aber immer noch nicht am Ende ihrer Reformanstrengungen. Beweis: Es gibt ja immer noch die vielen Arbeitslosen und Armen. Also: Bloß nicht nachlassen mit den Reformbemühungen! Und das nicht nur in Sachen Elendsverwaltung. Am anderen Ende der Einkommensskala ist auch etwas für die soziale Gerechtigkeit zu tun, z. B. mit einer Steuerreform. „Dadurch etwa besteht für Spitzenverdiener nicht mehr die Möglichkeit, sich durch Steuersparmodelle arm zu rechnen. Einkommensmillionäre, die keine Steuern zahlen, kommen praktisch nicht mehr vor.“ (Maßnahmen zur Einkommensverbesserung, S. 202). Das kostet nichts, nützt dem Fiskus und lässt die Armen der Republik so richtig durchatmen.

Nachdruck aus GegenStandpunkt 3-08

GEGENSTANDPUNKT 3-08

Politische Vierteljahreszeitschrift

Anmerkungen zur Krise '08**Das Finanzkapital – Teil I: Die Basis des Kreditsystems:**

Von der Kunst des Geldverleihens

Konflikt im Südkaukasus – Russland auf dem Weg in die „Selbstisolation“

Das neue Entgeltabkommen der Metall- und Elektroindustrie:

Lohngerechtigkeit heuteStaatskrise in der Türkei: **Nationalisten zerlegen ihren Staat** · u.a.

ISSN 0941-5831 · 148 Seiten € 15.– · Ab sofort im Buchhandel erhältlich:

Edelmann, Fürther Freiheit 2A, 90762 Fürth * Ex Libris, Bismarckstr. 9, 91054 Erlangen

Bahnhofsbuchhandlung Schmidt & Hahn, Bahnhofspl. 8, 90456 Nürnberg

Hugendubel, Ludwigspl. 1, 90403 Nürnberg * Rüssel, Frankenzentrum, Glogauer Str. 38, 90473 Nürnberg

Oder per Bestellung direkt beim GegenStandpunkt Verlag, Augustenstr. 24, 80333 München

Tel (089) 272 16 04 · Fax (089) 272 16 05

gegenstandpunkt@t-online.de / www.gegenstandpunkt.com